

Anne Ratzki

## Die GGG von 1988 bis 1993

Als ich 1988 zur Vorsitzenden gewählt wurde, konnte niemand von uns ahnen, welche dramatischen Jahre vor uns lagen: Der Fall der Mauer, die Wiedervereinigung, die Entstehung von 5 neuen Bundesländern. Für die GGG bedeutete das: Die Information über Gesamtschulen, die Unterstützung von Initiativen und Runden Tischen zur Umwandlung der Polytechnischen Oberschulen in Gesamtschulen, die Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern und die Entwicklung ostdeutscher Landesverbände wurden 1990-93 Schwerpunkte unserer Arbeit im Bundesvorstand. Wir durchlebten die Phasen des Aufbruchs und der Hoffnung, dass die Gesamtschulentwicklung gesamtdeutsch einen großen Schritt vorwärts käme und der Enttäuschung, dass durch westdeutsche politische Entscheidungen das gegliederte System nur wenig verändert auf den Osten übertragen wurde. Die Gesamtschulen fristeten – bis auf Brandenburg – bestenfalls ein Nischen-Dasein und ihre Befürworter sahen sich zunehmend politischen Repressalien ausgesetzt.

Deshalb wird dieser Bericht aus zwei Teilen bestehen: Die Arbeit des GGG-Vorstandes im Rahmen der bisherigen politischen und pädagogischen Zielsetzungen der GGG und mit den Herausforderungen durch ein neues, unbekanntes Land.

### 1. Der Vorstand: Beginn 1988 und Überblick über die Arbeit bis 1993

Am 12. Mai 1988 wurde beim Bundeskongress in der Carl-von-Ossietzky-Oberschule in Berlin-Kreuzberg folgender Vorstand gewählt:

1. Vorsitzende: Anne Ratzki, Stellvertreter: Horst von Hassel, Geschäftsführer: Günter Kreiner, Schriftführer: Hermann Rademacker, BeisitzerInnen: Ursula Dörger, Renate Müller-Daweke, Elternarbeit: Dorothee Giani. Hermann Pape machte die Pressearbeit. Nach dem Ausscheiden von Horst von Hassel 1990 kamen Klaus Winkel und Ursula Dörger als stellvertretende Vorsitzende dazu. Wir waren ein sehr arbeitsfähiges und engagiertes Team, das die neuen Herausforderungen 1989 mit Neugier und Energie annahm. Einzelne Vorstandmitglieder waren ab 1990 schwerpunktmäßig für neue Bundesländer zuständig: Renate Müller-Daweke für Ostberlin und Brandenburg, Ursula Dörger für Thüringen, Klaus Winkel für Sachsen-Anhalt, Hermann Pape für Mecklenburg-Vorpommern und ich für Sachsen.

In den Arbeitsjahren 88 bis 93 tagte der Bundesvorstand jährlich ca. 7 mal und führte Gespräche mit vielen PartnerInnen: Anke Fuchs, Bundesgeschäftsführerin der SPD, Dieter Wunder, Vorsitzender der GEW, Hans Schwier, Kultusminister in NRW, Wilhelm Ebert, Vorsitzender des VBE, DGB-Bundesvorstand, Beamtenbund, Bildungspolitiker von SPD, Grünen, FDP, CDU, Dieter Breitenbach, Kultusminister des Saarlandes, Eva Rühmkorf, Kultusministerin in Schleswig-Holstein, Rosemarie Raab, Schulsenatorin in Hamburg, Rolf Wernstedt, Vorsitzender der AfB in der SPD, Inge Wettig-Danielmeyer, Vorsitzende der SPD-Bildungskommission., u.v.a. Nach der Wende mit BildungspolitikerInnen und KultusministerInnen aller neuen Länder.

Inhalte unserer Gespräche waren die Forderung nach „Einer Schule für alle Kinder“ und die Aufhebung der Verpflichtung der Gesamtschulen zur Fachleistungsdifferenzierung, die nach langjähriger GGG-Überzeugung die innere Entwicklung der Gesamtschule behinderte; auch die Integration behinderter Kinder und die bessere Unterstützung von Kindern mit Migrationshintergrund waren Themen. Nach der Wende ging es vor allem um den Erhalt einer einheitlichen Schulstruktur in den östlichen Ländern und die innere Ausgestaltung der Gesamtschulen, nach 1992 auch oft um den Schutz von BefürworterInnen der Gesamtschule gegen Repressalien. .

## 2. Bundeskongresse und Vorstandswahlen

**1989: Bundeskongress in der Richtsberg-Gesamtschule in Marburg. Thema: „Gemeinsam lernen –Pädagogik für die Gesamtschule“.** Hauptredner war Wolfgang Klafki. Das Podium – Jutta Wilhelmi, Klafki, Hillerich, v. Friedeburg, Affeldt, Ratzki – diskutierte zum Thema „Was kann eine Schule der Gleichheit in einer Gesellschaft der Ungleichheiten bewirken?“ Die Bildungspolitische Runde debattierte die „Auswirkungen des europäischen Binnenmarktes 1993 auf die Schulpolitik.“

Der Kongress fasste Beschlüsse zur Integration von Behinderten in die Gesamtschule, zur antirassistischen Erziehung. Die innere Schulreform gewann an Gewicht.

Ein Vorbote der Wende. Der Verein für schulische Chancengleichheit in Ungarn beantragte die Mitgliedschaft in der GGG. Kontakte mit dem Vorsitzenden Ferenc Lorand wurden aufgenommen und führten 1993 zu einer Einladung zu dem Kongress „Komprehensivität im Europäischen Bildungswesen“ in Budapest, u.a. mit Torsten Husen (Schweden) und Maureen Cruickshank (England). Die Budapester Erklärung, die von Ferenc Lorand, Zoltan Barthory (Ungarische Akademie der Wissenschaften) und mir unterzeichnet wurde, wendet sich gegen die Übernahme westlicher selektiver Schulsysteme in Osteuropa und schließt: „Die Zukunft... liegt in einem Bildungswesen der Komprehensivität und Chancengleichheit“.

**1990: Bundeskongress in Kiel-Friedrichsort. Thema: „Der Kurs ist klar – Gesamtschule.“** Dieser Bundeskongress stand im Zeichen der neuen Entwicklung in Ostdeutschland. Er entwickelte sich zum großen Treffen der Gesamtschulfreunde West und Ost. Noch herrschte Aufbruchstimmung.

Ein Antrag auf Neufassung der KMK-Vereinbarung von 1982 wurde vorbereitet – es ging vor allem um eine größere Freiheit der einzelnen Schule in Fragen der Differenzierung. Die 7 Kultusminister der SPD-West wurden zur Unterstützung aufgerufen. Es kamen bestenfalls gute Worte zurück.

Themen waren die KMK-Vereinbarung, das Beispiel Dänemark, Lehrerfortbildung und Schulentwicklungsplanung. In Talkshows ging es um Schulreform in Schleswig-Holstein, in Deutschland Ost und West, in Europa.

Horst von Hassel und Hermann Rademacher schieden aus dem Vorstand aus. Klaus Winkel aus dem Saarland wurde neuer stellvertretender Vorsitzender, Hans-Joachim Sygusch aus Bremen wurde Schriftführer.

**1991 Bundeskongress in Hannover-Mühlenberg. Thema: „Schule der Demokratie – Demokratie in der Schule“.** Der neue Kultusminister von Niedersachsen, Rolf Wernstedt, hielt das Hauptreferat. Ermutigt durch den Regierungswechsel in Niedersachsen und in Rheinland-Pfalz und die enorme Zunahme von Gesamtschulen im vergangenen Jahr – deutschlandweit hatte sich die Zahl der Gesamtschulen fast verdoppelt - stellte er die These auf, dass sich in allen Ländern die Gesamtschule zur beherrschenden Schulform neben dem Gymnasium entwickeln werde, weil Eltern in der Demokratie bestmögliche Schulabschlüsse für ihre Kinder anstrebten.

Die Foren beschäftigten sich mit der Schulentwicklung in Europa, mit der Schulgesetzgebung und Schulentwicklung in den neuen Ländern, mit demokratischen Schulverfassungen und Autonomie in der Gesamtschule, mit multikultureller Erziehung und Umwelterziehung. Mit Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen und Sachsen wurden auf Beschluss der Mitgliederversammlung vier neue GGG-Landesverbände aufgenommen. Vertreter der

östlichen Landesverbände wurden in den BV kooptiert. Zugleich wurde Bestürzung laut angesichts der Absicht von vier der fünf neuen Bundesländer, die Gesamtschule mit allen Mitteln zu verhindern und ein ausschließlich gegliedertes Schulsystem einzuführen. Nur in Brandenburg sollte die Gesamtschule Regelschule werden.

Viele TeilnehmerInnen aus dem Osten berichteten, dass ihre Behörden versuchten, sie an der Teilnahme am Kongress zu hindern.

**1992 Bundeskongress in der Gesamtschule Kassel-Waldau. Thema: „Gesamtschulen lernen voneinander“.** Das Hauptreferat hielt Gerold Becker. In einer offenen Gesprächsrunde diskutierten unter der Moderation von Margarete Bernhardt Politiker und Pädagogen aus Ost und West über „Schulgeschichte in Ost und West – Gemeinsamkeiten und Entwicklungen“. Die Foren befassten sich mit förderlicher Bildungspolitik für Gesamtschulen, mit den Bedingungen für eine Entwicklung zu einer Modellschule (Beispiel Kassel-Waldau), mit kleinen Gesamtschulen und der Gesamtschule als Stadtteilschulen. Die erweiterten Aufgaben des Bundesvorstands durch die Aufgaben in den neuen Bundesländern spiegelten sich in der Vorstandswahl wider: Nach dem Ausscheiden von Renate Müller-Daweke, Dorothee Giani, Hans-Joachim Sygusch und Günter Kreiner setzte sich der BV aus Mitgliedern aus Ost und West zusammen. Neben Klaus Winkel wurden Ursel Dörger und Johanna Faust aus Sachsen als stellvertretende Vorsitzende gewählt, Schriftführer wurde Jürgen Bartels (Mecklenburg-Vorpommern), Kassierin Ingeborg Eckhoff, Beisitzerinnen Erika Baus (Brandenburg), Volker Thiel (Sachsen-Anhalt), Dagmar Fassbender (Elternvertreterin), Hermann Pape, Manfred Schmitz.

Trotzdem wird bereits deutlich, dass der Blick wieder mehr auf die äußere und innere Entwicklung von Gesamtschulen im Westen gerichtet ist, da Gesamtschulgründungen im Osten stark erschwert waren und auch die Entwicklung in Brandenburg deutlich machte, dass Gesamtschule als Teil eines dreigliedrigen Systems (Realschule, Gymnasium, Gesamtschule) einen prekären Stand haben würde. Zahlreiche Neugründungen von Gesamtschulen gab es in allen Bundesländern und vor allem in Berlin.

**1993 Bundeskongress in der Gesamtschule Görden, Stadt Brandenburg: Thema: „Gesamtschule – denn wir sind viele.“**

Ende meiner Amtszeit. Neuer Vorsitzender wird Dieter Weiland.

Erster Kongress in einem neuen Bundesland. Die einstimmig beschlossene „Brandenburger Erklärung als Fortschreibung der Leverkusener Beschlüsse von 1973 der Wetzlarer Erklärung von 1985 ist 2010 absolut aktuell! (vgl. Kontakte 3/93)

Auf diesem Kongress wurde beschlossen, Bundeskongresse nur alle zwei Jahre durchzuführen. (Weiteres von Dieter Weiland)

Alle Bundeskongresse wurden von jeweils ca. 600 Teilnehmerinnen besucht.

### **3. Politische und bildungspolitische Situation der beiden ersten Jahre 1988/89 und nach der Wende bis 1993 (der Westen)**

Helmut Kohl war Kanzler, Genscher Vizekanzler seit 1982. Die Unzufriedenheit mit der Koalition war groß und führte dazu, dass bei den Landtagswahlen in immer mehr Ländern die SPD die Wahl gewann. So hatte 1985 Oskar Lafontaine nach 37 Jahren CDU-Herrschaft die Wahl im Saarland gewonnen; eine Gesamtschulgründungswelle setzte sein. Auch Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz erhielten zum ersten Mal seit Gründung der Bundesrepublik SPD-Regierungen. Für die GGG bedeutete dies, dass Vorstandsmitglieder der jeweiligen

Länder oft in Ministerien und Landesinstitute wechselten und dort Gesamtschulen inhaltlich und personell kompetent unterstützt wurden.

1988 war jedoch schon deutlich, dass sich die SPD als Partei immer mehr aus der Unterstützung der Gesamtschule als der ersetzenden Schule zurückziehen würde. Es wurde immer schwerere, Gesprächstermine zu erhalten, mehrere Gespräche und Tagungen mit SPD-Vertretern, die mit der GGG verabredet waren, kamen mangels Beteiligung von SPD-Bildungspolitikern nicht zustande, Briefe wurden nicht beantwortet. Im Saarland und in NRW stand die SPD 1988 den Gesamtschulen gleichgültig bis ablehnend gegenüber und suchte den Beifall der Konservativen.

Am deutlichsten zeigte sich die veränderte Haltung der SPD in NRW. Hier gingen 1988 24 neue Gesamtschulen an den Start und weitere folgten in den nächsten Jahren. Während der 80er Jahre hatte es eine erhebliche Gründungswelle gegeben, vor allem in kleineren Gemeinden, die bei zurückgehenden Schülerzahlen ihre Schulen erhalten wollten, auch mit CDU-Mehrheiten. Die GGG hatte oftmals Starthilfe geleistet, hatte Gemeinden beraten, Schulentwicklungspläne begutachtet und Seminare zur Schulentwicklung durchgeführt. Der BV unterstützte die „Rödinghauser Erklärung“ vom 16.9.1988 für kleine Gesamtschulen. Die GGG NRW sorgte für die Überarbeitung der Broschüre von Ernst Rösner „Was ist Gesamtschule“, eine wichtige Grundlage für die Gesamtschul-Initiativen und die Elternarbeit, auch im Osten. 1988 war die Zahl der Gesamtschulen in NRW auf 120 gestiegen und wuchs kräftig weiter.

Trotz dieser positiven Entwicklung erschien im Sommer 1988 ein viel beachtetes Interview des amtierenden Kultusministers von NRW, Hans Schwier, im Spiegel. Schwier verkündete, die flächendeckende Gesamtschule sei nicht mehr Ziel der SPD. Er lehne die Gesamtschule nicht ab, sehe sie aber als eine unter vielen Schulen. Nach Elternwillen sollten weitere Gesamtschulen entstehen dürfen. Der GEW-Vorsitzende Dieter Wunder warf Schwier in einem offenen Brief vom 14.7.88 vor: „Du rätst der SPD zum Verzicht auf das bildungspolitische Ziel der Gesamtschule“. Auch SPD Abgeordnete wie Manfred Dammeyer und Brigitte Speth widersprachen und befürchteten, dass Schwier die Ausbreitung der Gesamtschule in NRW behindern und Rau sich nicht einmischen würde. Vom Kultusministerium wurde „innere“ statt „äußere“ Schulreform proklamiert. Schwiers Nachfolgerin Gaby Behler machte später aus ihrer Antipathie gegen Gesamtschulen kein Hehl und zweifelte öffentlich immer wieder die Leistungsfähigkeit der Gesamtschule an. Dies ging so weit, dass sie durch schulaufsichtliche Überprüfungen und gegenseitige Abiturkorrekturen zwischen Gymnasien und Gesamtschulen (vergeblich) nachzuweisen versuchte, dass das Abitur an Gesamtschulen von geringerer Qualität sei. Dahinter stand die Absicht, mehreren Gesamtschulen die Oberstufen zu nehmen. Diese Kampagnen von SPD-MinisterInnen trugen viel zur Beschädigung des Namens „Gesamtschule“ bei, was später von der SPD als Grund für die Distanzierung von diesem Namen und die Suche nach Alternativ-Begriffen wie Gemeinschaftsschule herhalten musste..

Koschnik in Bremen äußerte sich 1988 ähnlich wie Schwier. Die Bremer SPD entwickelte ein Standortkonzept mit Erhalt von Gymnasien. Die SPD-Haltung wurde auch in einem Gespräch mit Senatorin Raab in Hamburg deutlich, die der GGG sagte, sie sei für alle Schulformen verantwortlich, nicht nur für Gesamtschulen. Die SPD in Schleswig-Holstein (Engholm) machte Schulreform abhängig vom Elternwillen.

1993 verabschiedete sich die SPD auf Betreiben der späteren NRW-Kultusministerin Behler beim Parteitag in Leverkusen ausdrücklich von der Gesamtschule als bildungspolitischem

Ziel und strich die Gesamtschule aus dem Parteiprogramm. Damit hat die SPD bis heute jede Zielperspektive in der Bildungspolitik aufgegeben.

Die CDU trat 1988 auf der Stelle, verharrte in ideologischem Provinzialismus im internationalen Vergleich. Sie verstand Emotionen zu schüren, wenn nötig durch Fälschungen, und sie gegen Gesamtschulen zu nutzen. An einzelnen Orten in NRW zeigte sie sich aufgeschlossen (z.B. Langerwehe, Saerbeck), dort kamen Gesamtschulen mit CDU-Unterstützung zustande. In den südlichen Bundesländern suchte sie die Erinnerung an Gesamtschulen durch das Auslöschen ihres Namens zu tilgen – so wurden in Baden-Württemberg 1989 die wenigen Gesamtschulen als „Schulen besonderer Art“ ins Schulgesetz aufgenommen.

Dem BV war in dieser Situation wichtig, Gespräche nicht nur mit den langjährigen Bündnispartnern, sondern mit vielen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zu führen: Mit allen Parteien, neben der SPD also auch mit CDU, FDP und Grünen, wobei sich die Grünen als einzige klar für die Gesamtschule aussprachen, auch mit Verbänden auch außerhalb der GEW wie dem VBE, auch mit dem Institut der deutschen Wirtschaft. Hier war interessant, dass inhaltlich über die Ziele und Grundlagen der Gesamtschule große Übereinstimmung herrschte, der Vertreter des Instituts am Ende aber zusammenfasste: „Deshalb brauchen wir das dreigliedrige Schulsystem.“ In einer freundlichen, offenen Atmosphäre konnten wenigstens Stereotype abgebaut und geklärt werden, dass Gesamtschüler bei der Jobsuche nicht benachteiligt wurden.

Der DGB war und blieb unser stärkster und absolut verlässlicher Verbündeter.

Die GEW hatte eine eindeutige Beschlusslage zur Gesamtschule, aber eine Struktur nach Schulformen, was zu teilweise verworrener Praxis führte.

Wissenschaftler wie Klafki, Herrlitz, Keim unterstützten die Gesamtschulen.

Die GGG hielt selbstverständlich 1988/89 an ihrem Ziel einer gemeinsamen Schule, einer flächendeckenden Gesamtschule fest. Innerhalb der GGG gab es jedoch unterschiedliche strategische Vorstellungen, wie trotz dieser politischen Lage eine gemeinsame Schule für alle erreicht werden könnte. Joachim Lohmann suchte nach kleinen Schritten: In Schleswig-Holstein sollten Gesamtschulen nur bei Votum der Eltern und auf Antrag des Schulträgers eingerichtet werden, bis für die Zukunft mehrheitsfähige Strategien entwickelt worden seien. Klaus-Jürgen Tillmann setzte Hoffnungen auf einen „Wandel durch Annäherung“ und auch die Zweigliedrigkeit war durch Hurrelmann schon im Gespräch. Hartmut Holzapfel, Kultusminister in Hessen, stellte diese Perspektive 1989 in einem Gespräch dem BV vor. Eine Entwicklungsperspektive, die bis heute ihre Bedeutung behalten hat, kam von Herbert Enderwitz von der GEW Hessen, der am 17. Juli 1988 an den Bundesvorstand der GGG schrieb: „Für die Integrierte Gesamtschule bedeutet das (die gegenwärtige bildungspolitische Situation, A.R.): aushalten, Positionen halten, die innere Schulreform weiter entwickeln, Modelle schaffen, die vorzeigbar sind, regionale Zentren des Fortschritts bilden, die Gesamtschullehrern und reformwilligen Kollegen helfen „weiterzumachen“, sie anregt und neu motiviert und nicht zuletzt Eltern zur Mitarbeit gewinnt.“

Auf Anregung von Horst von Hassel fragte der BV bei allen KultusministerInnen nach: Was bedeutet die europäische Einigung für das deutsche Schulwesen? Nur 6 Länder antworteten. Deutschland hätte von den vielfältigen Formen von Gesamtschulen in Europa lernen können, verzichtete aber auf diese Lerngelegenheit. Die Ergebnisse dieser Faulheit waren dann bei PISA zu besichtigen.

In mehreren Ländern gab es neue Schulgesetze. Das Westberliner Schulgesetz galt ab 1.3.91 für ganz Berlin. Am 22.11.90 hatte ein Gesamtschultag stattgefunden. Das Seminar in der Reinhardtswaldschule bei Kassel am 23. bis 25.11, 90 „Schulentwicklung und Lehrerfortbildung in der BRD“ war von Ost und West gemeinsam vorbereitet worden (Faust/Winkel) und entwickelte sich zu einem Ost-West-Seminar.

Das Programm für 1991 sah vor, die Gespräche wegen der Aufhebung der KMK-Vereinbarung fortzusetzen und sich mit der Zweigliedrigkeit auseinander zu setzen. (Saarland und Berlin) . Außerdem waren Lehreraus- und Weiterbildung ein Schwerpunktthema. (Seminar in Reinhardtswaldschule )

#### **4. Pädagogische Perspektiven**

Wie in den Vorjahren, blieb die GGG nach 1988 ihrer Doppelstrategie treu, neben den bildungspolitischen Aktivitäten die pädagogische Weiterentwicklung der Gesamtschulen voranzutreiben.

Dazu gehörte das beständige Bemühen um eine Verringerung oder Aufhebung der Verpflichtung zur Fachleistungsdifferenzierung, eine größere Eigenständigkeit der Gesamtschulen bei der Lehrereinstellung und bei der Gestaltung von Leistungsnachweisen – Lernberichten statt Noten - und zeitweise eine kollegiale Schulleitung auf Zeit, wie sie in Niedersachsen möglich war. Auch die Integration Behinderter und die Förderung der Migrantenkinder waren ständige Themen. Zu diesen Themen wurden immer wieder Gespräche mit allen KultusministerInnen geführt.

Unter der Koordination von Renate Müller-Daweke bereiteten Bundesarbeitsgruppen Workshops auf den Kongressen und Veröffentlichungen in der blauen Reihe vor. 1988 erschien „Ausländische Schülerinnen und Schüler – Deutsche Gesamtschulen“ (Heft 4/88 – die Hefte wurden damals noch nicht durchnummeriert), 1989 wurden die Hefte „Lehrerfortbildung für die Gesamtschule“ und „Integration von behinderten und nicht behinderten Kindern in der Gesamtschule“ veröffentlicht. Das Lehrerfortbildungsheft, das unter Federführung von Klaus Winkel beispielhafte Entwicklungen zur Lehrerfortbildung für Gesamtschulen im Saarland darstellte, wurde bei einem Empfang dem saarländischen Kultusminister Dieter Breitenbach überreicht.

Außer diesen Veröffentlichungen setzte die GGG nun stärker auf Fachtagungen: „Integrativen Pädagogik“, „Integration von Behinderten“ und „Integration in der Sekundarstufe II“. Die gymnasiale Sekundarstufe II, die vor allem in NRW als unverzichtbarer Teil der Gesamtschule angesehen wurde, war in der GGG nicht unumstritten; man befürchtete Auswirkungen einer gymnasialen Oberstufe auf die Sekundarstufe I und dachte eher an eine Oberstufe in Form der Kollegstufe. Während der Fachtagungen entstanden aus inhaltlichen Erarbeitungen Positionen und neue Formen der Ergebnissicherung und Verbreitung, z.B. „Praxisordner“, Artikelfolgen für die Kontakte und Broschüren. Auf diese Art entstand das Heft „Die Oberstufe neu gestalten“ 1995.

Der Bundesvorstand beteiligte sich am 1. Saarländischen Gesamtschulfest am 17.9.1988, am der Feier zum 20-jährigen Bestehen der GGG NRW in Dortmund am 11.2. 1989, am norddeutschen Kongress GEW/GGG in Hamburg am 16.11. 1988.

In dieser Zeit begann auch das von Ursula Dörger koordinierte Projekt Lehrerkooperation, das in mehreren Bundesländern und kurz darauf auch in den neuen Ländern die Teamentwicklung an Gesamtschulen förderte. GGG und GEW arbeiteten dabei eng zusammen.

## 5. Die GGG und die Wende

1989 fiel die Mauer.

Die Erfahrungen des Bundesvorstands in dieser Zeit der „Wende“ 1989 bis 1993 waren geprägt von Reisen in ein unbekanntes Land, von Begegnungen mit Menschen, die eine Regierung gestürzt hatten und sich nun mit großem Elan für Veränderungen, für die Demokratisierung und Pädagogisierung ihrer Schulen, für Gesamtschulen und Reformpädagogik einsetzten. Nach der konservativen Rückwende nach den Wahlsiegen der CDU 1990 und 1991 in vier von fünf neuen Ländern erforderte das Festhalten an diesen Hoffnungen oft großen Mut und persönliche Risikobereitschaft

Die Gesamtschulgemeinde im Westen und auch der BV setzten große Hoffnungen auf eine neue Qualität der Diskussion über eine Schule für ein vereinigtes Deutschland. Die Hoffnung auf einen Durchbruch der Gesamtschule als ersetzende Schule war groß, gab es doch im Osten mit der POS (Polytechnischen Oberschule) bereits flächendeckend Erfahrungen mit einer gemeinsamen Schule bis zum 10. Schuljahr. Diese Hoffnung erfüllte sich nicht, doch im Zug der Einrichtung zweigliedriger Schulsysteme im Osten lockerte die deutsche Kultusministerkonferenz 1993 die Verpflichtung zur äußeren Fachleistungsdifferenzierung. Ein langjähriges Bemühen der GGG hatte Erfolg, wenigstens teilweise. Seit dieser Zeit kann durch klasseninterne Differenzierung die Selektion innerhalb der Gesamtschule reduziert werden.

### Die ersten Kontakte

Im Oktober 1989, kurz vor dem Fall der Mauer, hatten oppositionelle Lehrerinnen und Lehrer unter Federführung von Andreas Eckstein in Ost-Berlin die Zulassung eines „unabhängigen Interessenverbandes der Lehrer, Erzieher, Schüler und Eltern“ gefordert, der sich vor allem für Meinungsfreiheit, Toleranz gegenüber Andersdenkenden und die Durchsetzung von Chancengleichheit einsetzen sollte. Sie wurden dafür fristlos entlassen. Ein halbes Jahr früher hatten sich bereits SchülerInnen in Ost-Berlin gegen die Unterdrückung ihrer Meinung gewehrt. Sie wurden vom Abitur ausgeschlossen und von der Schule verwiesen. Solche Erfahrungen mit der DDR-Schulrealität prägten das Diskussionsklima über Schule während der ersten Monate nach dem Umbruch. Viele erlebten die Wende als Befreiung von einengenden Vorschriften, von ideologischer Gängelung. Diese Erfahrung setzte Reformwillen und Reformideen in ungeahntem Maße frei und schuf ein Klima des Aufbruchs, ein Hochgefühl von Freiheit und Offenheit für neue Ideen. Alles schien möglich. In ganz Deutschland sollte die Schule demokratischer, weniger hierarchisch, weniger selektiv, pädagogischer werden, und durch das Zusammenwachsen beider Staaten könnten die positiven Elemente beider Schulsysteme einander bereichern.

Der BV beschloss im Dezember 1989, mit der Schulreformbewegung der DDR und mit Andreas Eckstein Kontakte aufzunehmen. Die Gründung von Landesverbänden in den neuen Ländern war ausdrücklich nicht die erste Absicht. Es entstand eine Fülle von Kontakten, mit Ministerien und Politikern, mit Akademien und Universitäten, vor allem aber mit einzelnen Personen und mit Schulen. Oft arbeiteten GGG und GEW Hand in Hand.

So führte die Vorsitzende zusammen mit dem Landesverband Berlin schon im März 1990 Gespräche mit dem Bildungsministerium der DDR, das sich für eine Entwicklung der DDR-Schulen zu Gesamtschulen sehr aufgeschlossen zeigte, und nahm an einem Treffen

der künftigen Gesamtschuldirektoren im Ministerium im April 1990 teil. Wir interpretierten das Interesse des Ministeriums auch dahingehend, dass es eine Auflösung der DDR-Schulen in Freie Schulen und andere Sonderformen verhindern wollte. Eine Tagung mit der Akademie der pädagogischen Wissenschaften (APW) und dem BV fand ebenfalls im März 1990 in Berlin statt. Die GGG forderte die Beibehaltung der gemeinsamen Schule, die APW schlug eine Gesamtschule bis zum 8. Schuljahr vor. Weitere Treffen gab es mit der Lehrerweiterbildung in Ludwigsfelde. In den Zeitschriften „Deutsche Lehrerzeitung“ und der neuen Zeitschrift „Ad hoc“ konnte die GGG Artikel veröffentlichen.

Diese große Offenheit für Gesamtschulen war für uns etwas Neues und Erfreuliches. Wenn man heute die Berichte der BV-Mitglieder von damals liest, fällt aber auch unsere Skepsis auf. Die verschiedenen Institutionen handelten weitgehend unabgesprochen und lehnten sich oft gegenseitig ab, z. T. auch wegen ihrer früheren Funktionen in der DDR. So schien die APW, einst Anhängsel des Ministeriums, in viele Gruppen zerfallen, die nichts miteinander zu tun haben wollten. Im Gesamtschullager fanden sich Vertreter des alten „Establishments“, wie der jungen Oppositionellen. Wenn sich jemand bei einer Veranstaltung als Mitglied der APW vorstellte, traf er oder sie häufig auf offene Ablehnung.

Der Philologenverband hatte schon im März 1990 eine Kampagne gegen die Gesamtschule in der DDR gestartet.

Neben Berlin war Leipzig ein Zentrum für Schulentwicklung. Hier gingen die Kontakte von der Pädagogischen Hochschule und von der Universität aus. Nach Vorträgen und Diskussionen an der Uni und an Schulen in den Osterferien 1990, an denen auch der Runde Tisch Leipzig teilnahm, außerdem Schulleiter, die ihre Schulen zu Gesamtschulen umgestalten wollten, auch Schulaufsichtsbeamte, war die große Überraschung, dass es bereits eine Initiative „Gesamtschule in Sachsen“ gab. Die Initiative hatte sich zum Ziel gesetzt, in den Einigungsprozess viele gute Gesamtschulen einzubringen und die Gesamtschulbestrebungen für den Einigungsprozess zu koordinieren. „Die Revolution ist von Leipzig ausgegangen. Warum sollte nicht auch die Gesamtschulbewegung von Leipzig ausgehen?“ sagte die Leiterin, Johanna Faust ganz unbescheiden. Zeitungsartikel mit Argumenten für Gesamtschulen, Informationsmaterial, Beteiligung der Initiative am Bundeskongress in Kiel und vor allem die Beteiligung der GGG bei der Lehrerweiterbildung in Leipzig im Juli 1990 wurden verabredet.

Während die Eltern und Lehrkräfte vor Ort an Runden Tischen und in Schulen neue Schulkonzepte entwarfen, konnten wir bei weiteren Gesprächen im Berliner Bildungsministerium widerstreitende Tendenzen feststellen. Nach einem Besuch in Bonn favorisierte der Bildungsminister Meyer im Alleingang Gymnasien und konfessionelle Schulen und erwähnte die Gesamtschule nicht mehr. während Vertreter der Ost-SPD und des neuen Forums weiterhin die Gesamtschule favorisierten. Auffällig war auch hier die Abstinenz der West-SPD, während die CDU ungehindert ihre Politik durchsetzte.

## **Was konnte die GGG für die DDR-Schulen und Kollegen leisten?**

### **Die ersten Hilfen**

waren materieller Art. Zahlreiche Briefe erreichten die GGG mit der Bitte um Material, Lehrpläne, Information. Es fehlten alle Kommunikationsmittel, die damals üblich waren: Kopierer, Druckmaschinen, Abzugsgeräte. Mitteilungen oder Unterrichtsmaterial konnte nicht



vervielfältigt werden. Selbst die Universität Leipzig hatte kein Kopiergerät. Sicher ein beabsichtigter Mangel unter dem DDR-Regime – Kommunikation ist für Herrschende gefährlich! Ich werde nie vergessen, wie ich mit 1000DM in bar in der Innentasche meiner Jacke mit der Bahn zur Initiative in Jena fuhr, der die GGG einen Kopierer stiftete. Bank-Überweisungen waren in den ersten Monaten nicht möglich.

Die materiellen Hilfen überforderten bald die Finanzkraft der GGG. Der BV richtete einen eigenen Fond dafür ein und warb – erfolgreich – um Spenden. So konnte im Januar 1991 jedem neuen GGG-Landesverband eine Anschubfinanzierung von 5000 DM für die Einrichtung einer Kontaktstelle überwiesen werden.

### **Information.**

Die DDR-KollegInnen waren von vielen Informationen abgeschnitten gewesen. Oppositionelle waren ja keine „Reisekader“. Reformpädagogische Ansätze waren weitgehend unbekannt. Über das Schulsystem in der Bundesrepublik kursierten Gerüchte. Das Gymnasium galt als „Schule des Kapitalismus“ und war entsprechend attraktiv.. Das Interesse an Gesamtschulen war groß. Die Kritik an der Schule der DDR, wie sie damals von Schülerinnen, Eltern und LehrerInnen geäußert wurde, bezog sich in dieser Umbruchzeit keineswegs auf den gemeinsamen Schulbesuch, sondern u.a. auf die ideologischen Zugangsbeschränkungen zum Abitur, auf die verordnete Schönfärberei und Ideologie in Staatsbürgerkunde, den vorherrschenden Frontalunterricht und den Zwang zum Russisch-Lernen. Im Großen und Ganzen waren aber 60% der Eltern mit der Schule ihrer Kinder zufrieden und gaben bei einer Umfrage der Universität Göttingen (Jörg Schlömerkemper im Winter 1990/91) an, dass ihre Kinder ein sehr gutes Verhältnis zu ihren Lehrern hätten. Nur 13 % meinten, man solle die Kinder nach dem 4. Schuljahr auf verschiedene Schulen trennen.

Die GGG suchte durch Artikel in der Deutschen Lehrerzeitung, die damals in der DDR verlegt wurde, durch den gerade überarbeiteten „Rösner“, durch die Vermittlung von Schulbesuchen an westdeutschen Gesamtschulen und durch Informationsveranstaltungen für Lehrkräfte und Eltern die Informationslage zu verbessern.

Ein Höhepunkt war am 8. September 1990 der erste (und letzte) DDR-Gesamtschultag in Leipzig, der von GGG und GEW gemeinsam veranstaltet wurde. Dort trafen sich KollegInnen aus westdeutschen Gesamtschulen mit Ausstellungen und workshops und ostdeutsche Initiativen für neue Gesamtschulen. Es gab viele neue Kontakte und Verabredungen von Besuchen in beide Richtungen. Die Stimmung auf diesem Gesamtschultag wird gut gekennzeichnet durch den Schluss: Zur Gitarre sangen alle das „Lied von der Gemeinsamkeit“, das die Hoffnung auf eine gemeinsame deutsche Gesamtschulentwicklung ausdrückte.

Landesspezifisch wurden Gesamtschultage weitergeführt, so am 2.2.91 in Magdeburg.

In vielen Städten der DDR gab es größere oder kleinere Informationsveranstaltungen. Ein Beispiel war die öffentliche Fachtagung der AfB und Friedrich-Ebert Stiftung zur Gesamtschule in Leipzig am 29.9.90 mit Vorträgen und Workshops. Die Veranstaltung war überfüllt, die Teilnehmer äußerten sich begeistert, die örtliche Initiative erhielt Beifall.

### **Zusammenarbeit mit Eltern**

Der BAK Eltern unter Leitung von Dorothee Giani führte mit der Friedrich-Ebert-Stiftung im November 1990 in Hannover ein Seminar für ElternvertreterInnen aus den neuen Ländern durch. Thema war „Elternrecht, Elternmitbestimmung im vereinten Deutschland.“

Interessant ist im Protokoll die Einschätzung der teilnehmenden Eltern, „dass formal in der DDR vieles vorhanden war, was in der BRD bei der Reform der Bildungspolitik erst angestrebt wird, dies aber nicht im Sinne einer möglichen Einflussnahme von der Basis her, sondern zur Durchsetzung der „margotschen“ Bildungs- und Erziehungsideologie.“

Nach der Wende wurden Elternvertreter in den Klassen und Schulen gewählt, Kreisschulkonferenzen aus Lehrkräften, Eltern und Schülern im Verhältnis 2:1:1 eingerichtet, Absprachen zwischen benachbarten Schulen über gemeinsames Arbeiten getroffen usw. Als die westdeutschen Gesetze übernommen wurden, erlebten es auch die Eltern immer öfter, dass ihnen von der Schulbehörde mitgeteilt wurde, „nach den jetzt geltenden westdeutschen Bestimmungen geht das aber nicht mehr“. Die Eltern kritisierten, dass die Arbeit an den neuen Landesschulgesetzen hinter verschlossenen Türen stattfand, es gab keinerlei Öffentlichkeit und keine Möglichkeiten zur Stellungnahme.

Die Forderungen für Elternmitarbeit, die auf diesem Seminar erarbeitet wurden, waren basisdemokratisch und gingen über das im Westen übliche Mitwirkungsrecht hinaus: Die Eltern forderten Drittelparität in den schulischen Gremien, Elternvertreter in allen Konferenzen der Schulen und auf allen Stufen der Schulbehörde und der Schulträger, außerdem Anhörungs- und Antragsrecht.

Der BAK Eltern erstellte auch ein Elterninfo zur Gesamtschule.

### **Fortbildung und Beratung**

Die ersten reformpädagogischen Fortbildungswochen wurden m. W. von der Initiative „Gesamtschule in Sachsen“ durchgeführt. Während zwei Wochen in den Sommerferien 1990 bot sie in Leipzig Vorträge und Workshops zu Grundfragen der Gesamtschule an: Zu Gruppenpädagogik, Offenem Unterricht, Projektarbeit, Freizeitpädagogik und Reform der Grundschule. Das Interesse an dieser ersten Lehrerfortbildung, die mit Beteiligung der GGG von Prof. Faust von der Universität Leipzig organisiert wurde, war enorm. Statt der erwarteten 80 bis 100 TeilnehmerInnen kamen 1000. In der DDR war Fortbildung für Lehrkräfte verpflichtend. Jetzt war sie freiwillig, und alle kamen.

In diesen Wochen wurden von den KollegInnen auch neue Schulkonzepte für DDR-Schulen entwickelt, die bisherige positive Erfahrungen mit neuen Ideen über Teamarbeit, Ganztagschule und Differenzierung verbanden. Die KollegInnen erwiesen sich nicht nur als sehr kompetent in Fragen des Unterrichts in heterogenen Klassen, sondern waren auch bereit, ihre Schulerfahrungen kritisch zu reflektieren und neue, demokratisch strukturierte und schülerorientierte Konzepte zu entwickeln.

In einem GEW–Brennpunkt-Heft hat Renate Müller-Daweke im Sommer 1990 zahlreiche Schulkonzepte aus DDR-Schulen dokumentiert, die der GGG oder GEW zugesandt worden waren, oft mit der Bitte um Beratung, wie sich die POS zu einer innerlich erneuerten Gesamtschule entwickeln könnte.

Wenn man diese Schulkonzepte aufmerksam liest, fällt auf, dass es oft auch um die Frage geht, wie die Leistungsstarken besonders gefördert werden könnten. Zumindest ab Klasse 8 oder 9 sollten eigene Leistungsklassen eingerichtet werden. Viele Lehrkräfte waren der Meinung, dass sie zu gute Noten geben mussten und keine Handhabe gegen

Leistungsschwache und „Faule“ hatten. Die Ideen einer im Inneren reformierten einheitlichen Schule trafen auf Vorstellungen eines konservativen Leistungsverständnisses. So wurden über die Leistungsdiskussion auch die Türen zur Akzeptanz eines gegliederten Schulsystems aufgestoßen.

### **Politische Unterstützung**

Auf dem Kongress in Kiel im Mai 1990 wurde von der Mitgliederversammlung eine „Erklärung zur Unterstützung der Gesamtschulbewegung in der DDR“ verabschiedet, in der es heißt, die Unterzeichneten haben sich zusammengeschlossen, „um alle Anstrengungen zur Umwandlung des Schulwesens der DDR zu einem integrierten und differenzierten Gesamtschulsystem zu unterstützen und dabei den einzelnen Initiativen tatkräftige Hilfe zu leisten“. Die Unterstützung kam durchaus auch von einzelnen Politikern der SPD wie Wernstedt, Kuhlwein und Anke Fuchs, erhielt aber nie so viel Unterstützung wie der Philologenverband durch die CDU. Wie der Philologenverband in seiner Zeitschrift, der „Höheren Schule“ 3/90 stolz berichtet, gelang es ihm, die KMK, die in ihrer Dezembersitzung 1989 für Schulversuche größtmögliche Freiräume schaffen wollte, zu einer Beschränkung auf „wenige Versuchsschulen zu veranlassen, die eine generelle Veränderung des Regelschulwesens nicht präjudizieren.“

## **6. Die GGG in der „Rückwende“**

### **1993: Die Bilanz nach drei Jahren Deutscher Einheit**

In Brandenburg gab es 1993 300 Gesamtschulen, 54 in Ost-Berlin, 18 in Mecklenburg-Vorpommern, 3 in Thüringen, 0 in Sachsen, obwohl dort 51 Schulen Gesamtschule werden wollten. Überall war das gegliederte Schulsystem, meist mit einer kombinierten Haupt-Realschule, eingeführt. Mecklenburg-Vorpommern hatte als einziges Land eigene Hauptschulen, während Brandenburg ganz auf Hauptschulen verzichtete und Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen etablierte.

In allen Ländern waren Landesverbände der GGG entstanden, deren Vorsitzende seit 1991 regelmäßig an unseren Vorstandssitzungen teilnahmen

Schon bald nach der Volkskammerwahl am 18.3.1990 und verstärkt nach den Landtagswahlen im Oktober 1990 veränderte sich das bildungspolitische Klima in den neuen Ländern. Die westdeutschen Parteizentralen übertrugen den bildungspolitischen Streit in voller Schärfe auf die neuen Länder. Es ging nicht mehr um die innere Erneuerung der Schulen, sondern in vier der fünf Länder um die konsequente Durchsetzung des gegliederten Schulsystems.

Als Instrumente zur Beendigung bildungspolitischer Eigenständigkeit und unkonventioneller Schulexperimente wurden die neuen, von westlichen Regierungen vorgegebenen oder beeinflussten Schulgesetze eingeführt. Jedes östliche Land hatte einen westlichen „Paten“: Bayern „betreute“ Sachsen, Hessen Thüringen, Schleswig-Holstein Mecklenburg-Vorpommern, das Saarland Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen Brandenburg. Gesamtschulbefürworter sahen sich in Sachsen, das das Bayerische Schulgesetz übernommen hatte, plötzlich dem Vorwurf gesetzwidrigen Verhaltens ausgesetzt, sie wurden bedroht und eingeschüchert, oft mit Mitteln, die ihnen aus der vergangenen DDR nur allzu vertraut waren und von Personen, die bereits früher an den Schalthebeln der Macht gesessen hatten und sich nun rechtzeitig den neuen Machthabern angedient hatten, z.B. in die CDU eingetreten waren.

Der Einigungsvertrag hatte die Menschen in der ehemaligen DDR ihrer Rechte und der sozialen Absicherung beraubt. Alle Arbeitsverhältnisse waren vorläufig und ungesichert, es gab keinen Kündigungsschutz, Dies nutzten Ministerien und Behörden, um alle loszuwerden, die sie nicht mehr haben wollte: Die „Belasteten“ ebenso wie die politisch Andersdenkenden und die Unbequemen. Die Ängste und der Anpassungsdruck der durch eine solche Situation entsteht, sind kaum vorstellbar. Dazu kam ständiges Reden von Massenentlassungen „belasteter“ und „überzähliger“ Lehrkräfte, von LehrerInnen ohne „ausreichende Qualifikation“.

Beim Gesamtschultag in Magdeburg zum Beispiel am 2. Februar 1991 berichteten Schulleiter, gesamtschulwilligen Schulen werde deutlich gemacht, sie hätten keine Chance, alles sei entschieden. Zugleich würden Schulleiter unter Druck gesetzt, erhielten Drohungen mit Abmahnung und Entlassung, wenn sie weiter mit Eltern und Lehrkräften über Gesamtschule sprechen würden. Das Volk habe die CDU gewählt und damit das dreigliedrige Schulwesen.

In Thüringen erhielten SchulleiterInnen Redeverbot zu Gesamtschulfragen und die Gesamtschule wurde für illegal erklärt, weil sie nicht im Schulgesetz vorgeschrieben sei.

In Schwerin erhielten alle Schulen ein Schreiben des Schulamtsleiters, der den DirektorInnen untersagte, die Eltern ihrer Schule nach dem gewünschten Schultyp für ihre Kinder zu befragen. „Widerrechtliche Handlungen können zu disziplinarischen Maßnahmen führen“, hieß es.

Gleichzeitig häuften sich die Nachrichten bei der GGG, dass auch oppositionelle Lehrkräfte aus dem Beruf gedrängt wurden, die schon früher in Konflikt mit Partei und Behörden gestanden hatten und jetzt die Anpassung an die Vorgaben der CDU ablehnten (Beispiele in: Ratzki, 1993, S. 75). Eine Lehrerin, die früher mehrfach von der Stasi verhört worden war, sagte verbittert: „Früher hatten wir wenigstens noch den Arbeitsplatz, jetzt bleibt uns nur noch die Arbeitslosigkeit.“

Was konnte die GGG in dieser Situation tun? Wir waren Ratgeber, oft nur empathische Zuhörer der persönlichen Schicksale, in einigen wenigen krassen Fällen konnten wir durch das Einschalten von Presse und Fernsehen schlimmes Unrecht abmildern. Doch die Rechtlosigkeit in der damaligen Zeit spielte der rücksichtlosen westdeutschen konservativen Politik in die Hände, die alles tat, die Menschen in der DDR abzuqualifizieren, sie unter Generalverdacht zu stellen, um so ungehindert die Universitäten und Schulen abzuwickeln und Platz für arbeitslose Akademiker aus dem Westen zu schaffen. Während ich die Aufzeichnungen von damals lese und diese Zeilen schreibe, 20 Jahre später, packt mich noch immer ein großer Zorn über die vielen vertanen Chancen der Wende und und ich fühle wieder einen großen Respekt vor den Menschen, die sich nicht einschüchtern ließen und ihrer Überzeugung treu blieben, darunter vor allem unsere GGG-Landesvorsitzenden und Sprecher aus den 4 CDU-regierten neuen Bundesländern, Volker Thiel, Jürgen Bartels, Bernd Günter, Heidi Fischer und Johanna Faust.

In Brandenburg war manches anders. Als einziges Bundesland wurde es von SPD und Grünen regiert, die Kultusministerin Marianne Birthler kam aus der DDR-Oppositionsbewegung. Sie hatte den Lehrkräften zugesagt, dass nur der entlassen würde, der nachweislich anderen Schaden zugefügt hatte. Das gab eine gewissen Sicherheit, aber trotzdem waren auch hier viele verunsichert.

Die schulpolitische Situation in Ostdeutschland 1993 war dadurch geprägt, dass das westliche Schulsystem in ganz Deutschland zur Norm erhoben worden war. Das Hamburger Abkommen von 1964, das die dreigliedrigen Schulen definiert und die gegenseitige Anerkennung ihrer Abschlüsse in den Bundesländern sichert, galt jetzt für ganz Deutschland. Damit war eigenständiges, Experimentelles nicht mehr möglich. Die „neuen“ Schulformen von Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt – Mittelschule, Sekundarschule, Regelschule – waren nichts anderes als schlichte Haupt-Realschulen. Auch die Gesamtschulen hatten dem westdeutschen Muster mit Fachleistungsdifferenzierung zu folgen.

Wir trauten denen, die sich aus eigener Kraft befreit hatten, nicht die Mitgestaltung unserer gemeinsamen Zukunft im Bildungsbereich zu, sondern übertrugen ein ständisches, veraltetes und wenig leistungsfähiges Schulsystem durch politische Landnahme auf den Osten, ohne einer wirkliche Erneuerung des Bildungswesen eine Chance zu geben.

**Ich danke Horst von Hassel, Renate Müller-Daweke, Ursula Dörger und Johanna Faust für Beiträge und Beratung bei dieser Rückschau!**

### **Literatur**

**Ursula Dörger: Projekt Lehrerkooperation: eine pädagogische Konzeption zur Weiterentwicklung von Gesamtschulen. Weinheim, Juventa, 1992**

**Anne Ratzki: Umbrucherfahrungen. Zur subjektiven Dimension der Schulveränderungen in den neuen Bundesländern. In: Kurt Beutler u.a. (Hrsg) (1993): Jahrbuch Pädagogik 1993, Frankfurt, Peter Lang Verlag, S. 67-80**